

Jo Leinen

Die Mühen der Ebene

Ziele und Alltag in Europa

Die Europäische Union ist medial präsent wie nie, doch der aktuelle innere Zustand der Union zeigt eindrücklich, wie schwierig es geworden ist, abseits des Tagesgeschäftes neue Ziele anzupacken. Europa braucht jetzt neue Visionen und Politiker, die nicht nur den Mühen der Ebene trotzen, sondern auch neue Berggipfel erklimmen wollen und können.

Die Europäische Union ist in aller Munde. Geht es um die Bewältigung der Finanzkrise, der daraus resultierenden Schuldenkrise in einigen europäischen Ländern und der wiederum daraus entstandenen Gefährdung der gemeinsamen Währung, geht es um die Unterstützung der Revolutionen in den arabischen Ländern, geht es um den Umgang mit den Flüchtlingen aus dem Maghreb, die ihr Heil in der EU suchen und einige Mitgliedsstaaten dazu bringen, längst bewährte Errungenschaften der EU wie das Schengen-System infrage zu stellen, die Schlagzeilen in diesem Frühling waren oft von der EU und ihrem Handeln bestimmt. Man muss das Gefühl bekommen, dass sich etwas tut in Europa, dass große Schritte gegangen werden, dass Krisen zu Neuem führen und man sich für die Zukunft wappnen will. Ständig heißt es: die Europäische Union verordnet strenge Sparmaßnahmen, die Europäische Union setzt einen Stabilisierungsmechanismus ein, die Europäische Union verhängt Sanktionen gegen das syrische Regime und den libyschen Machthaber Gaddafi. Wir sollten uns allerdings davor hüten, diese Aktivitäten als Ausweis für ein Voranschreiten, für eine erfolgreiche Entwicklung der EU zu werten.

Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und anschließend der Europäischen Gemeinschaft und der EU wurden immer wieder große, für alle Europäer greifbare und für Mitgliedsstaaten und Gemeinschaft bahnbrechende Projekte entwickelt.



Jo Leinen

(* 1948) MdEP, war bis 1994 Umweltminister im Saarland und ist jetzt u.a. Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament.

jo.leinen@europarl.europa.eu

Von der Direktwahl des Europäischen Parlaments über die Abschaffung der Grenzkontrollen bis zur Einführung des Euro und der Wahrung von 70 Jahren Frieden zwischen den Völkern. Wir reisen, wohin wir wollen, wir leben und kaufen ein, wo wir wollen und zahlen in den meisten Mitgliedsstaaten mit der gleichen Währung. Das sind Errungenschaften, die erfahrbar sind, die große Umwälzungen mit sich brachten und leicht erklärt werden konnten. Sie schafften auch ein Gefühl der Verbundenheit und sind Teil einer Vision von einem Europa für Bürgerinnen und Bürger. Ist damit aber alles erreicht? Reicht es, die Errungenschaften, die die EU greifbar machen, zu verwalten? Mitnichten. Und wie sind in diesem Zusammenhang die Aktivitäten der Staats- und Regierungschefs der letzten Monate zu bewerten?

Der Blick für das große Ganze ging verloren

Die Europäische Union ist an einem Punkt angelangt, an dem sie lernen muss, mit der

vom Vertrag von Lissabon neu verliehenen Macht und den zusätzlichen Gestaltungsspielräumen umzugehen. Bisher war die Entwicklung davon geprägt, Einigungsprojekte, die für Europäische Staats- und Regierungschefs Herzensthemen waren, durchzusetzen. Zwei davon stehen jetzt vor einer Bewährungsprobe. Die Eurozone scheint geschwächt und Mitgliedsländer müssen gestützt werden. Das Schengen-Abkommen sieht sich einseitigen Angriffen ausgesetzt. Was wir derzeit erleben, ist nicht die leidenschaftliche Verteidigung von weltweit einmaligen Errungenschaften, sondern vielmehr ein gefährlich gedankenloser Umgang mit Freiheiten und Sicherheiten, die den Akteuren so selbstverständlich vorkommen, dass sie schon wieder – gewollt oder ungewollt – zur Disposition gestellt werden. Die vielen nationalen Alleingänge und durch Tages- und Innenpolitik bestimmten Aktionen können nicht die Antwort auf Herausforderungen sein, die eine neue europäische Verantwortung erfordern.

Durch die Europäische Einigung haben sich die Mitgliedsstaaten in eine Schicksalsgemeinschaft begeben und sich dafür entschieden, gemeinsame Probleme auch gemeinsam zu lösen. Jetzt scheint es, als ob man die Vorteile, die durch das Zusammenwachsen in der Vergangenheit entstanden sind, zwar gerne genießt, aber jetzt, wo es schwierig wird, nur noch versucht ist, die nationale Brille aufzusetzen. Der Blick für das große Ganze ist verloren gegangen. Einige Mitgliedsstaaten sind dazu übergegangen, ein Europa »à la carte« zu wählen und ihre Wünsche den nächsten nationalen Wahlen anzupassen, allen Beteuerungen zum Trotz, dass die EU unverzichtbar sei und alle von der europäischen Integration profitieren. Dieses kurzfristige und auf den Nationalstaat ausgerichtete Handeln ist das derzeitige Kernproblem der Europäischen Union. Probleme werden nur scheinungsweise gelöst, was von einem erheblichen Mangel an Visionen zeugt. Die großen europäischen Projekte der Vergangenheit wur-

den von Staatschefs vorangetrieben, denen ein Gesamtbild von Europa vorschwebte. Natürlich handelten auch Mitterrand oder Kohl nicht ohne Eigeninteresse, doch war dieses gekoppelt mit dem Erfolg der europäischen Einigung. Die Europa-Idee wurde von diesen Staatsmännern vorangetrieben. Momentan ist nicht ersichtlich, wer von den 27 Staatenlenkern der EU willens oder in der Lage wäre, diese Rolle zu übernehmen. Im Gegenteil, die forschenden Vorstöße gegen Schengen oder der erhobene Zeigefinger gegenüber südeuropäischen Staaten sind Auswüchse eines Rückzugs in die wohlige Wärme des Nationalstaats, die zum Vorschein kommen, wenn neue große Herausforderungen drohen.

Die europäische Idee erhalten

Sollen wir verlangen, dass Sarkozy und Merkel ähnlich symbolträchtig wie Kohl und Mitterrand in Verdun Hand in Hand die Rettung des Euros demonstrieren? Mindestens könnte jedoch erwartet werden, dass die politische Botschaft verbreitet wird, dass es bei der Sicherung des Euroraums nicht nur um die Erhaltung der Währung geht (und nebenbei um die Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Absatzmarktes für Exporte), sondern letztendlich um die Erhaltung der europäischen Idee. Es ist natürlich mühsamer und schwerer zu vermitteln, den Euro oder Schengen zu verteidigen, als das neue Geld einzuführen oder Bürgern die Reisefreiheit zu bieten. Dennoch gehört beides zum Kernbereich der europäischen Integration. Schengen war identitätsstiftend. Indem die Axt an die Reisefreiheit gelegt wird, wird auch gleichzeitig in Kauf genommen, dass ein gerade erst im Entstehen begriffenes »Wir-Gefühl« erstickt wird. Das Erreichte muss immer wieder erkämpft und verteidigt werden und nicht der Gefahr ausgesetzt sein, zu erodieren.

Doch nicht nur die Mitgliedsstaaten sind in der Pflicht. Verdächtig wenig wur-

de in den letzten Wochen und Monaten über die Europäische Kommission und insbesondere über ihren Präsidenten berichtet. Die »Hüterin der Verträge«, so ihre zugewiesene Rolle, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, eine eher blasse Vorstellung abzugeben. Insbesondere in der Außenpolitik und beim Umgang mit der Euro-Krise fehlte der Europäischen Kommission die Kraft zum Gestalten. Mit dem Vertrag von Lissabon sollte die EU eine neue, stärkere Rolle in der Welt spielen und die Fehler der Vergangenheit vermeiden. Es sollte nicht mehr so weit kommen, dass die EU auf dem eigenen Kontinent handlungsunfähig ist und Hilfe von außen herbeirufen muss. Gut ein Jahr nach seinem Inkrafttreten und trotz der Startschwierigkeiten für den Europäischen Auswärtigen Dienst konnte erwartet werden, dass die EU eine kohärente außenpolitische Position zu formulieren in der Lage ist. Die Chance, dies zu beweisen, ergab sich direkt vor der Haustür in Nordafrika,

wurde aber vergeben. Trotz der großen Vision eines nach außen geschlossen auftretenden Europa scheint es der Europäischen Kommission an Mut zu mangeln, politisch große Schritte zu wagen. Stattdessen wird auf die Positionen der Mitgliedsstaaten gewartet. Noch gravierender allerdings ist ihr Verhalten in Bezug auf die Maßnahmen einiger Mitgliedsstaaten, die das Schengen-Abkommen in seinen Grundsätzen infrage stellen. Die Ankündigung, wieder ständige Grenzkontrollen einführen zu wollen, darf nicht hingegenommen werden und erst recht nicht mit dem Signal beantwortet werden, die Möglichkeiten einer Anpassung des Abkommens zu prüfen. Die Kommission, die nach Lissabon handlungsfähiger werden sollte, scheint mehr denn je getrieben von kurzfristigen Erwägungen der europäischen Mitgliedsstaaten.

Die EU gleicht mittlerweile jedoch immer noch einem Fahrradfahrer: Wenn sie nicht in die Pedale tritt, fällt sie um.

Martin McIvor

Europa – Markt oder politische Gemeinschaft?

Großbritannien und die EU – das ist ein besonderes Verhältnis. Der Euro wurde dort nicht eingeführt und den meisten Bemühungen zur stärkeren Integration steht London ablehnend gegenüber. Die britischen Regierungen haben sich durch sogenannte opting out-Klauseln das Recht gesichert, nicht überall dabei sein zu müssen. Wie steht die britische Linke zu all dem?

Die große Hoffnung, dass die Europäische Union zur sozialen Zügelung des globalen Kapitalismus beitragen könnte, hat sich tragischer Weise in zu vielen Fällen ins Gegenteil verkehrt. Eingebettet in die Prozesse der neoliberalen Globalisierung und kaum von ihnen unterscheidbar, kommt sie bisweilen als eine entrückte und niemandem zur Rechenschaft verpflichtete Institution daher, die der Erosion der kollektiven Institutionen Vorschub leistet und



Martin McIvor

(* 1972) ist Redakteur der sozialdemokratischen Zeitschrift *Renewal* in London. Zuletzt gab er (zus. mit John Callaghan, Nina Fishman und Ben Jackson) das Buch *In search of social democracy* heraus (Manchester, University Press, 2009).

editorial@renewal.org.uk

politische Handlungsmöglichkeiten beschneidet.